

Landkreis Ebersberg

15. Wahlperiode 2020-2026/SFB/10. SFB-Ausschuss



Protokoll

10. Sitzung des SFB-Ausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil am Mittwoch, 13.10.2021 im Saal des ehemaligen Kreissparkassengebäudes, Sparkassenplatz 1

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß

Schriftführerin: Gabriele Huber

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Föstl, Magdalena

Lechner, Martin

Linhart, Susanne

anwesend ab 15:34 Uhr

Matjanovski, Marina

Schwaiger, Johann

Ziegltrum-Teubner, Sonja

GRÜNE-Fraktion

Eberl, Ottilie

Forst, Johannes von der

Oellerer, Reinhard

FW-BP-Fraktion

Seidelmann, Wilfried, Dr.

SPD-Fraktion

Atai, Omid

anwesend ab 15:03 Uhr

AuG ÖDP-Linke

Ottinger, Marlene

anwesend ab 15:02 Uhr

AfD-Fraktion

Pelz, Heidelinde

abwesend ab 18:08 Uhr

Abwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Hagen, Martin

entschuldigt

FW-BP-Fraktion

Ried, Toni

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Gabriele Huber
Schriftführerin

Inhalt:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 3 Vorplanung Haushalt 2022 für das Teilbudget des SFB-Ausschusses
Vorlage: 2020/0219
- TOP 4 Fortschreibung des seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes
Vorlage: 2021/0462
- TOP 5 Abschluss eines gemeinsamen Rahmenvertrages über einen Defizitausgleich für den Betrieb der Hospizinsel und der Spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) im Landkreis Ebersberg
Vorlage: 2021/0463
- TOP 6 ABGESETZT_Sachaufwand Schulen;
Fachraumausstattung am Franz-Marc-Gymnasium Markt Schwaben
Vorlage: 2021/0439
- TOP 7 Jahresbericht Bildung
Vorlage: 2021/0406
- TOP 8 Kulturförderung; Jahresbericht 2021 und Anträge 2022
Vorlage: 2020/0220
- TOP 9 Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Tätigkeitsbericht
Vorlage: 2021/0356
- TOP 10 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 11 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 12 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 13 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
-------	--

Der Landrat eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Die Niederschrift der vorangegangenen Sitzung ist noch nicht ausgefertigt und wird in der nächsten Sitzung dem Gremium zur Genehmigung vorgelegt.

Zur Tagesordnung gibt es keinen Einwand, somit ist diese einstimmig genehmigt.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

keine

TOP 3	Vorplanung Haushalt 2022 für das Teilbudget des SFB-Ausschusses
-------	---

2020/0219

Sachvortragende(r): Katja Witschaß, Mitarbeiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

Katja Witschaß hält anhand einer Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll) einen Sachvortrag zu folgenden Punkten:

- Gesamtüberblick – Cockpit
- Kürzungen durch die Finanzmanagerin
- Personalkostenentwicklung
- Budgetübersicht Kostenstellen
- Die höchsten Abweichungen
- Jobcenter – KSt. 250 + 324.998 €
- Jobcenter – Entwicklung der KdU
- Schulen
 - Budgetübersicht Schulen
 - Budgetübersicht Team Bildung

- Budgetübersicht Schulen
- Investitionen
 - Investitionen Sachgebiete
 - Investitionen Schulen
 - Summe Investitionen TeilHH SFB

Für den Haushalt (Ergebnishaushalt) des SFB-Ausschusses sind derzeit im Haushalt 2022 Mittel in Höhe von netto 18.059.855 € eingeplant, das liegt um 628.776 € (3,6 %) über dem Haushaltsansatz des Vorjahres und um 59.855 € über dem vorgegebenen Eckwert.

Für Investitionen werden 2022 insgesamt 2.256.968 € (ohne Haushaltsreste) bereitgestellt.

Katja Witschaß, Ana Stellmach (Leiterin SG 14) und Brigitte Keller (Finanzmanagerin des Landkreises) beantworten Fragen aus dem Gremium.

Auf die Nachfrage von KRin Ottilie Eberl zu Kurzzeitpflegeplätze verweist Jochen Specht (Leiter Team Demografie) auf die Beratung im Rahmen des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes.

KRin Marlene Ottinger gibt bekannt, dass sie aufgrund der Kürzungen im Bildungsbereich dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde.

Brigitte Keller, Abteilungsleiterin 1 (Zentrales und Bildung) merkt an, dass das Teilbudget des SFB-Ausschusses trotz der Kürzungen um 3,6 % gegenüber dem Vorjahr wachse.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Für den Teilhaushalt des SFB-Ausschusses (29 Budgets) werden im Haushalt 2022 Mittel in Höhe von 18.059.855 € eingeplant.**
- 2. Für Investitionen werden Mittel in Höhe von 2.256.968 € eingeplant.**



angenommen

Ja 12 Nein 1

TOP 4	Fortschreibung des seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes
-------	--

2021/0462

Vorberatung

SFB-Ausschuss am 14.10.2020, TOP 9ö

Sachvortragende(r):

Sabine Wennig, Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung (AfA)
Christian Ringfüßer, Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung Statistik (SAGS)

Der Landrat führt kurz in den Sachverhalt ein und informiert, dass das Gesamtkonzept vor ca. drei Wochen in der Bürgermeisterdienstbesprechung vorgestellt wurde.

Er begrüßt Sabine Wenng (AfA) und Christian Ringfüßer (SAGS) die anhand einer Präsentation (Anlage 2 zum Protokoll) folgende Arbeitsmodule vorstellen:

- Bestandsaufnahme
- Kommunalbefragung
- Expertenrunden für alle Handlungsfelder
- Befragung Seniorenvertretungen
- 1. Begleitgremium
- Pflegebedarfsprognose
- 2. und 3. Begleitgremium
- Finalisierung des Berichts
- Vorstellung der Ergebnisse (Bürgermeisterdienstbesprechung, SFB, KSA)

In der nachfolgenden Beratung werden folgende Punkte angesprochen:

KR Dr. Wilfried Seidelmann erklärt als Teilnehmer des seniorenpolitischen Arbeitskreises, wie wichtig der Ausbau von öffentlichen Toiletten und vor allem der haushaltsnahen Dienstleistungen sei, wobei er hier auf haftungsrechtliche, medizinische und arbeitsrechtliche Probleme hinweist, die abgedeckt bzw. geklärt werden müssten. Seines Erachtens müsse von politischer Seite Druck vor allem auch auf die Pflegekassen ausgeübt werden, um die haushaltsnahen Dienstleistungen besser zu honorieren. Des Weiteren weist er auf die Wohngeldförderung vom Landkreis hin, die noch nicht voll von den Pflegeschülern abgerufen wurde. Er bittet die anwesenden Herren Specht (Teamleiter Demografie) und Salberg (Leiter Abteilung 6) darüber einen Aufruf in der Zeitung zu machen.

KRin Otilie Eberl erklärt, dass das neue Seniorenpolitische Gesamtkonzept ein gutes Werk sei. Sie stellt die Frage, was der Kreistag konkret tun könne, vor allem im Bereich der Kurzzeitpflegeplätze und bittet die Verwaltung das zu eruieren, um in den nächsten Jahren wenigstens die 20 Plätze zu erreichen. Des Weiteren spricht sie die Möglichkeit an, mit der GWG, statt wie bisher nur EOF-geförderte Wohnungen, auch Mehrgenerationenhäuser mit angeschlossenem Quartierkonzept zu bauen. Zur Pflegeplatzbörse weist sie in ihrem Statement auf die Schattenseite dieses Projektes anhand eines Beispiels aus Schliersee hin und merkt an, dass die Grünphasen an Fußgängerampeln verlängert werden sollten, damit ältere Menschen die Straßen sicher überqueren können.

KRin Marina Matjanowski bedankt sich beim Team Demografie für deren Arbeit und, dass die Wichtigkeit und der wachsende Bedarf an Kurzzeitpflege erkannt und unterstrichen wurde. Sie weist auf einen bereits verbeschiedenen Antrag der CSU-FDP-Fraktion aus der vorangegangenen Wahlperiode zu diesem Thema hin und bittet, diesen Auftrag priorisiert umzusetzen. Sie schildert einen Fall aus der Klinik, indem eine schwer herzkrankte Frau ihren

OP-Termin absagte, weil sie keinen Kurzzeitpflegeplatz für ihre behinderte Tochter bekommen habe.

Jochen Specht erklärt, dass die fehlenden Kurzzeitpflegeplätze nicht nur ein landkreisspezifisches Problem seien. Er und sein Team haben sich intensiv mit diesem Thema befasst und auch mit den Heimleitern im Landkreis gesprochen. Er merkt an, dass ihm und seinem Team die Probleme (finanzielle Attraktivität, erhöhter Aufwand) bekannt seien und erklärt, dass der Landkreis daher die nach ‚WoLeRaF‘ (staatliche Richtlinie Pflege) geförderten Pflegeeinrichtungen pauschal noch einmal 4.240 € pro Platz (ohne großen Verwaltungsaufwand) bezuschusse. Sollte es politisch gewollt sein, mehr dafür zu zahlen, möchte er nur darauf hinweisen, dass mit jeder weiter steigenden Kostenaufstellung, bei der kein Cent rausgenommen werde, in einen Ertrag gefördert werde. Ein weiteres Problem seien die weichen Faktoren, so Jochen Specht und erläutert diese. Abschließend könne er mitteilen, dass die Förderung kostendeckend sei und von zwei Einrichtungen genutzt werde und zwei weitere daran interessiert seien.

KR Omid Atai geht auf den Wortbeitrag von KRin Eberl ein und erklärt, dass es seines Erachtens keine Mehrgenerationenhäuser und keine großartigen Konzepte brauche, die viel Geld kosten, sondern viele günstige und barrierefreie Wohnungen. Aufgrund eines von ihm gehörten Vortrages des Philosophen Richard David Precht regt er an, ein landkreiseigenes Programm für „Zivildienst für Rentner/im Alter“ auszuarbeiten.

KR Reinhard Oellerer verweist auf den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der Forderung, in der nächsten Wohnbaukonferenz über soziale Bodennutzung zu sprechen. Denn er sei davon überzeugt, dass die öffentliche Hand das nicht auffangen könne, was im privaten Wohnungsbau gerade massiv aus dem Ruder laufe, wenn sie sich nicht neue Quellen erschließe, solange noch keine anderen gesetzlichen Regelungen getroffen wurden.

Auf die Nachfragen von KR Martin Lechner antwortet Jochen Specht, dass der Mangel an Pflegekräften an der schlechten Bezahlung, der geringen Anerkennung und an der Arbeitsbelastung liege. Flächendeckende Tarifverträge seien seines Erachtens aufgrund der Kaufkraft, wie im Landkreis Ebersberg, schwierig. Zur Pflegeplatzbörse erklärt er, dass in Bayern die Einrichtungen auf Basis der Freiwilligkeit freie Plätze melden. Für Pflegestützpunkte gäbe es auch eine Anschubfinanzierung von 15.000 € für die Errichtung einer solchen Pflegeplatzbörse. Leider können sich nicht mehrere Landkreise zusammenschließen und eine oberbayernweite Pflegeplatzbörse schaffen, weil dies laut dem für die Förderung zuständigen Landesamt für Pflege nicht möglich ist. Nach Abwägung aller Für und Wider habe die Verwaltung die Förderung von 15.000 € nicht in Anspruch genommen, so Jochen Specht abschließend.

Der Landrat bedankt sich bei Jochen Specht, seinem Team und allen, die sich hausintern an dem Konzept beteiligt haben, für die engagierte und kompetente Arbeit.

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 1. Die Fortschreibung des seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes wird beschlossen und ist Bestandteil des Beschlusses (Anlage 3 zum Protokoll).**
- 2. Der Rhythmus für künftige Fortschreibungen wird auf zehn Jahre festgelegt. Die nächste Fortschreibung erfolgt im Jahr 2030.**



einstimmig angenommen

Ja 14 Nein 0

TOP 5	Abschluss eines gemeinsamen Rahmenvertrages über einen Defizitausgleich für den Betrieb der Hospizinsel und der Spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) im Landkreis Ebersberg
-------	--

2021/0463

Vorberatung

KSA-Ausschuss am 13.11.2017, TOP 10ö
SFB-Ausschuss am 21.03.2018, TOP 9ö
SFB-Ausschuss am 02.10.2018, TOP 15ö
SFB-Ausschuss am 29.05.2019, TOP 6ö
SFB-Ausschuss am 01.10.2019, TOP 13ö
SFB-Ausschuss am 14.10.2020, TOP 6ö
SFB-Ausschuss am 04.05.2021, TOP 5ö

Sachvortragende(r):

Jochen Specht, Abteilung 6, Teamleiter Demografie
Hubert Radan, Heimleiter Caritas Altenheim Marienheim Glonn

Jochen Specht hält einen kurzen Sachvortrag mit Hinweis auf die Sitzungsvorlage.

Auswirkung auf den Haushalt:

Der im Haushalt 2021 veranschlagte Defizitausgleich in Höhe von 65.000 € für den Betrieb der SAPV wird in einen einmaligen Investitionskostenzuschuss für die Hospizinsel umgewandelt. Dieser Betrag ist bisher für die SAPV im Teilbudget des Kreis- und Strategieausschusses ausgewiesen worden.

Für die kommenden Haushaltsjahre 2022 und 2024 wird der Defizitausgleich für den Betrieb der Hospizinsel auf 65.000 € festgeschrieben, im Sinne einer transparenten Haushaltsführung allerdings künftig dem Teilbudget des SFB-Ausschusses zugeordnet.

Der Heimleiter Hubert Radan erläutert anhand einer Präsentation (Anlage 4 zum Protokoll) die Räumlichkeiten für die Hospizinsel, die Zielgruppe sowie die Aufnahmekriterien, die Ziele der Pflege und Betreuung, das Mitarbeiterteam, die ärztliche Betreuung, die Finanzierung

und Kalkulation sowie die Kalkulation bei unterschiedlicher Belegungssituationen sowie die Spenden.

KRin Marina Matjanovski hält folgendes Statement:

„Liebe Gäste, Presse, Kollegen und Verwaltung,

Heute ist ein wichtiger Tag ...

Nicht nur für mich, für meinen ehemaligen Kreistagskollegen Herr Jorga und meine CSU/FDP-Fraktion, die diesen Antrag gestellt haben, sondern für die Palliativpatienten, sowie für alle Bürger im Landkreis Ebersberg.

Mit der Inbetriebnahme der Hospizinsel schließen wir eine Lücke in der palliativen Versorgung von Schwerstkranken im Landkreis Ebersberg, die nur noch kurze Zeit zu leben haben und in ihrer schwersten Zeit eine medizinisch-pflegerische Hospizbetreuung rund um die Uhr benötigen.

Zu Hause können die Angehörigen diese zunehmend komplexere medizinische und/oder pflegerische Versorgung nicht immer leisten.

Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen verstärken den Bedarf an dieser Hospizversorgung.

So zum Beispiel

- der ständig steigende Anteil an alleinlebenden Menschen
- auch Menschen, die keine Kinder haben, oder die Kinder sind erwerbstätig
- Menschen, die in kleinen Wohnungen leben, die bestehende SAPV (ambulante Palliativversorgung) ist für diese Patienten nur stundenweise vorhanden.

Ich danke der Verwaltung, dass sie kontinuierlich an der Umsetzung des Antrags gearbeitet hat.

Herrn Landrat danke ich für die Unterstützung dieses Projektes. Danke an die Leitung und die Mitarbeiter des Marienheims, dass sie diesen Schritt gewagt haben, die Hospizinsel in ihren Betrieb einzugliedern.

Und mein Dank an Sie liebe Kolleginnen und Kollegen für Ihre Unterstützung“

KR Martin Lechner merkt an, wie er die Hospizinsel finanziert hätte (Landkreis zahlt pro Einwohner 50 Cent) und erkundigt sich, ob die Landkreiskbürger eine sogenannte Hospizversicherung von z.B. 30 € abschließen könnten, um bei Bedarf im Marienheim einen Hospizplatz zu bekommen. Er könnte sich nämlich vorstellen, dass einige Bürgerinnen und Bürger dazu bereit wären, hier zu investieren. Auf seine Nachfrage, ob für den Landkreis sechs Zimmer mit einer Verweildauer von rund 20 Tagen ausreichend seien antwortet Hubert Radan, dass der Bedarf derzeit für ihn schwierig abzuschätzen sei. Sie hätten für die Kalkulation Erfahrungswerte aus dem Landkreis Mühldorf zu Grunde gelegt und müssten erst eigene Erfahrungen sammeln. Weiter erklärt Hubert Radan, dass sie vom Personalschlüssel her zwischen einem Hospiz und einer stationären Einrichtung liegen würden und erläutert den Unterschied zwischen seiner Einrichtung und einer „echten“ Hospizeinrichtung.

Auf den Vorschlag eine Hospizversicherung einzuführen erklärt Hubert Radan, dass dies unter Einbeziehung von ethischen Gründen überlegt werden könnte.

Der Landrat bedankt sich beim Team Demografie, bei Herrn Radan, der Caritas und allen Beteiligten, die zum Betrieb der Hospizinsel im Landkreis Ebersberg beitragen. Ziel des Antrages der CSU-FDP-Fraktion war, so der Landrat, ein stationäres Hospiz zu etablieren, was sich der Landkreis weiterhin bewusst halte, aber aufgrund von regionalen Versorgungsschlüsseln mittelfristig nicht genehmigt bekomme; außerdem stünden auch für den Landkreis derzeit keine freien Plätze zur Verfügung. Seines Erachtens sei mit der Hospizinsel dem Landkreis eine gute Lösung in der Ergänzung der Systeme gelungen, für das er dankbar sei.

Er stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der SFB- Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Das Marienheim in Glonn erhält einen einmaligen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 65.000 Euro.**
- 2. Die ausgehandelte Vereinbarung über den Defizitausgleich für den Betrieb der Hospizinsel und der Spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) im Landkreis Ebersberg wird genehmigt. Die Vereinbarung ist Anlage 5 zur Niederschrift und Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 3. Der Caritasverband München und Freising e.V. berichtet den Mitgliedern des SFB-Ausschusses einmal jährlich zum Sachstand der Hospizinsel und der Spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV).**



einstimmig angenommen

Ja 14 Nein 0

Nach Beschlussfassung begrüßt der Landrat den Geschäftsführer des Caritasverbandes der Erzdiözese München und Freising e.V. Matthias Hilzensauer. Der Landrat und der Geschäftsführer unterschreiben den Vertrag.

Die Sitzung wird hierfür von 17:11 Uhr bis 17:14 Uhr unterbrochen.

KR Dr. Wilfried Seidelmann merkt währenddessen an, dass er als betreuender Arzt die gute Betreuung (auch der Sterbenden) im Marienheim in Glonn gesehen habe und durch Gespräche mit Vertretern der Caritas in Rosenheim sowie in den entsprechenden Ausschüssen auch als treibende Kraft für die Ansiedelung der Hospizinsel im Marienheim verantwortlich sei.

TOP 6	ABGESETZT_Sachaufwand Schulen; Fachraumausstattung am Franz-Marc-Gymnasium Markt Schwaben
-------	--

2021/0439

11/2

Der Landrat informiert, dass dieser Tagesordnungspunkt aufgrund der gestrigen Entscheidung im Kreis- und Strategieausschuss, die Maßnahme wieder auf die Warteliste 2022 zu setzen, entfällt.

TOP 7	Jahresbericht Bildung
-------	-----------------------

2021/0406

11/2

Vorberatung

SFB-Ausschuss am 01.10.2019, TOP 9ö
SFB-Ausschuss am 14.10.2020, TOP 5ö

Sachvortragende(r):

Hubert Schulze, Teamleiter SG 11, Bildung und IT

Hubert Schulze verweist auf die ausführliche Sitzungsvorlage und erläutert anhand einer Präsentation (Anlage 6 zum Protokoll) die aktuellen Schülerzahlen (Stichtag 01.10.2021) an den weiterführenden Schulen des Landkreises. Er informiert, dass dem Gremium eine aktuellere Prognose im Frühjahr 2022 vorgestellt werde.

Auf die Nachfrage von KR Johannes von der Forst erwidert Hubert Schulze, ob es eine Kürzung für den Bereich EDV und Wartung im Haushalt 2022 gebe, könne er im Moment nicht beantworten, denn das müsse er sich erst im Detail anschauen. Leistungen, die aufgrund von Verträgen erbracht werden (insbesondere IT-Support und Wartung) müssen unabhängig von Kürzungsvorgaben bezahlt werden.

Der SFB-Ausschuss nimmt den Jahresbericht Bildung zur Kenntnis.

TOP 8	Kulturförderung; Jahresbericht 2021 und Anträge 2022
-------	--

2020/0220

Vorberatung

SFB-Ausschuss am 14.10.2020, TOP Ö4

Sachvortragende(r):

Cornelia Gütermann, Mitarbeiterin BL, Kulturförderung des Landkreises

Cornelia Gütermann hält anhand einer Präsentation (Anlage 7 zum Protokoll) einen Sachvortrag.

KRin Otilie Eberl erkundigt sich, ob der Landkreis die mobile Bühne nächstes Jahr auch den kleineren Vereinen zur Verfügung stelle, worauf Cornelia Gütermann antwortet, dass in den nächsten Monaten die Verwaltung mit den Kulturschaffenden die Details klären werde.

KR Martin Lechner äußert seinen Unmut darüber, dass die Pfarrkirche Straußdorf für den Bau einer neuen Kirchenorgel keine Förderung erhält.

Der Landrat erklärt, dass die Verwaltung das Anliegen an die Sparkassenstiftung weitergeleitet habe. Cornelia Gütermann fügt ergänzend hinzu, dass die Sparkassenstiftung wahrscheinlich 2.000 € zur Verfügung stellen werde.

KR Omid Atai merkt an, dass er in der Arbeitsgruppe ‚Freiwillige Leistungen‘ eine landkreis-eigene Gemäldesammlung aufzubauen, angeregt habe.

Der SFB Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Der Antrag des Meta Theaters zur Erhöhung des Basiszuschusses auf 4.000 € wird nicht entsprochen.**
- 2. Die Liste der Basiszuschüsse und Wettbewerbsförderungen (Anlage 8 zum Protokoll) wird zur Kenntnis genommen.**
- 3. Für 2022 werden folgende Zuschüsse bewilligt:**
 - a) Das Kreisbildungswerk erhält für die 5. Woche der Toleranz einen Zuschuss in Höhe von 5.000 €.**
 - b) Die Gemeinde Vaterstetten erhält für drei Onlinekonzerte als Livestream und eine „Lange Nacht der Kunst & Kultur“ im Rahmen des Vaterstettener Kultursommers 2022 einen Zuschuss in Höhe von 5.000 €.**
- 4. Die Liste (Anlage 9 zum Protokoll) der weiteren Projektträger wird zur Kenntnis genommen.**



einstimmig angenommen

Ja 14 Nein 0

TOP 9	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Tätigkeitsbericht
-------	--

2021/0356

Vorberatung

SFB-Ausschuss am 27.06.2019, TOP 11 ö

Sachvortragende(r):

Elfriede Melbert, SG-Leiterin 53, Betreuungsstelle

Elfriede Melbert hält einen Sachvortrag.

KR Omid Atai regt an, dass im Zweckverband für Feuerwehr- und Rettungsdienstalarmierung für die drei Landkreise verpflichtend Rettungsdienstpsychologen für die Durchführenden vorgehalten werden und die Mitarbeiter*innen alle zwei Jahre das Angebot bekommen sollen. Er bittet den Landrat, diese Anregung in die nächste Verbandsversammlung einzubringen, was ihm der Landrat zusagt.

KR Dr. Wilfried Seidelmann regt an, die Arbeit der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft PSAG mehr zu publizieren, damit auch Angehörige von psychisch Kranken auf sie zukommen.

KRin Marina Matjanovski bittet, eine Übersicht zu den gesundheitlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche sowie den Bedarf an psychiatrischen Behandlungen zu erhalten. Elfriede Melbert erklärt, dass sie diese Übersicht nicht erstellen könne, weil hier verschiedene Ebenen, wie Krankenkasse, Psychiatrie, Einrichtungen etc., Zahlen erheben würden. Sie sehe es als unmöglich an, hier Zahlen zu erheben, denn es sei ein weiter Bereich, der an verschiedenen Stellen verortet sei. Dass es im psychiatrischen Bereich Defizite gebe, sei bekannt, dies zeige sich bereits bei der Terminvereinbarung, denn es würden zum Teil auch Psychologen und Psychiater fehlen.

Der SFB-Ausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht zur Kenntnis.

TOP 10	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
--------	-----------------------------------

keine

TOP 11	Informationen und Bekanntgaben
--------	--------------------------------

Sachvortragende(r): Jochen Specht, Abteilung 6, Teamleiter Demografie

Jochen Specht informiert, dass der für die heutige Herbstsitzung geplante weitere Zwischenbericht zum Armutsbericht nicht vorgestellt werden könne, weil pandemiebedingt etliche Foren und Veranstaltungen ausgefallen und dadurch Teilaufträge noch nicht umgesetzt werden konnten.

Zur Stelle „Audit Familie und Beruf“ teilt er mit, dass diese kürzlich besetzt wurde und die Befragung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes zur bedarfsgerechten Kinderbetreuung möglichst noch in diesem Jahr, auch Online, durchgeführt werden solle. Unterstützt und ausgewertet werde diese durch sein Team Demografie. Sobald diese Datengrundlage erhoben wurde, könnten sie dann auf weitere Akteure, wie die Kreisklinik, zugehen.

Weiter informiert Jochen Specht, dass er und sein Team den Armutsbericht dort vorstellen werden, sobald pandemiebedingt wieder Veranstaltungen der Bildungsträger, das Schulleiterdialogforum sowie die AG Wohlfahrt stattfinden können.

Auf die Nachfrage von KR Johannes von der Forst erklärt der Landrat, dass der Bericht in der nächsten Sitzung erfolge.

KR Dr. Wilfried Seidelmann erkundigt sich, weshalb zur Wohngeldförderung an Pflegeschülern noch keine Pressemitteilung erfolgte und was dafür getan werde, damit die 36.000 € abgerufen werden.

Jochen Specht erklärt, dass sein Team die Einrichtungen angeschrieben, Daten erhoben und konkret darauf hingewiesen hätten. Neben der Datenerfassung durch sein Team sehe er auch die Einrichtungen in der Pflicht, die Schülerinnen und Schüler darauf hinzuweisen.

TOP 12	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
--------	---

Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrats verliest folgende Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung:

Aus dem Protokoll zur Sitzung des SFB-Ausschusses vom 10.03.2021

TOP 14 N Glasfaseranbindung an Schulen; Ermächtigung zur Zuschlagserteilung

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Die 11 Schulen des Landkreises sollen über gigabitfähige und durchgängige Glasfaserleitungen bis in die Gebäude an das Internet angebunden werden. Dies gilt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Förderbescheids der Regierung von Oberbayern.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Zuschlag zu erteilen und den Auftrag zur Durchführung der erforderlichen Arbeiten an die Firma Deutsche Telekom GmbH als günstigstem Bieter zu vergeben.

Aus dem Protokoll zur Sitzung des SFB-Ausschusses vom 29.06.2021

TOP 17 N Digitalisierung an Schulen; Ermächtigung zur Zuschlagserteilung

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Zuschlag zu Los 1 zu erteilen und mit der Britnet GmbH einen Vertrag zu schließen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Zuschlag zu Los 2 zu erteilen und mit der Britnet GmbH einen Vertrag zu schließen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Zuschlag zu Los 3 zu erteilen und mit der ACS Group einen Vertrag zu schließen.
4. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Zuschlag zu Los 4 zu erteilen und mit der Britnet GmbH einen Vertrag zu schließen.
5. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Zuschlag zu Los 5 zu erteilen und mit der ACS Group einen Vertrag zu schließen.

TOP 18 N Ausschreibung eines Kooperationspartners für ein Berufsvorbereitungsjahr kooperativ (BVJ-k)

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Im Landkreis Ebersberg wird für das Schuljahr 2021/22 ein kooperatives Berufsvorbereitungsjahr (BVJ/k) eingerichtet. Die Kooperation wird bei Bedarf verlängert.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, als Vergabeverfahrensart die Öffentlich Ausschreibung durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen und den entsprechenden Vertrag abzuschließen. Der Zuschlag darf bis zu einem Betrag von 450.000 € (inklusive eines Risikoaufschlags) erteilt werden.

TOP 13	Anfragen
--------	----------

Auf Nachfrage von KRin Marlene Ottinger erklärt Marion Wolinski, Leiterin SG 22 (Sozialhilfverwaltung, Asyl), dass es in der Asylunterkunft in Zorneding gebrannt habe und diese aufgrund des Schadens aktuell auch nicht mehr bewohnbar sei. Ihr Team musste von einer Minute auf die andere 30 Personen anderweitig unterbringen. Diese konnten innerhalb kürzester Zeit in das bisher genutzte Covid-Stockwerk der Unterkunft in Pöring einziehen, nachdem die Regierung von Oberbayern den einzigen Indexfall verlegt habe und das Stockwerk desinfiziert wurde. Kurzfristig war die Unterkunft aufgrund der Notsituation mit zwei, drei Personen zwar überbelegt, was aber von den Bewohnern gut angenommen wurde, die zum Teil auch bei Bekannten übernachtet hätten. Innerhalb kurzer Zeit konnte ihr Team einige der Bewohner in eine andere Unterkunft verlegen, weil dort Plätze frei wurden. Inzwischen seien alle Personen anderweitig im Landkreis untergebracht, so Wolinski, sodass Pöring jetzt wieder leer stehe, ausgeräumt und entsprechend hergerichtet werde, um ab nächster Woche wieder als Covid-Unterkunft genutzt werden zu können. Sollte zwischenzeitlich ein Asylbewerber positiv getestet werden, könnte die Regierung diesen nochmals „abnehmen“, sodass kein Engpass entstehe.

KR Johannes von der Forst verweist auf den Beschluss vom 04.05.2021, wobei dem SFB-Ausschuss in seiner Herbstsitzung 2021 erneut zu den Corona-bedingten Auswirkungen in Bezug auf die Bildungsgerechtigkeit berichtet werden sollte. Zwar habe Hubert Schulze im Bildungsbericht erwähnt, so KR von der Forst, wo Sommerschule angeboten wurde, aber das sei seiner Ansicht nach nicht das, was im Mai beschlossen wurde. Er bittet daher, um eine detailliertere Information. Außerdem sollte heute aufgrund einer Anregung aus dem Gremium ein JaS-Mitarbeiter berichten, was auch nicht geschehen sei. Er bittet daher, das nachzuholen. Des Weiteren bittet er um Auskunft zur langfristigen Besetzung der JaS-Stellen an Schulen, soweit das im öffentlichen Teil möglich ist.

Der Landrat erklärt, dass der Abteilungsleiter 2 (Soziales, zentrale Vergabestelle) Maximilian Seitz im nichtöffentlichen Teil etwas zum Verfahrensstand sagen könne. Zu den SaS-Stellen

könne er mitteilen, dass alle Stellen zum Schuljahreswechsel besetzt werden konnten und, dass es beginne und im Aufbau sei, wie die Schulleiterin der Realschule und der Schulleiter des Gymnasiums in Markt Schwaben bei der Besichtigungsfahrt vor drei Wochen mitteilten.

Zum Thema Einladung JaS-Mitarbeiter erklärt der Landrat, dass dies zu Protokoll genommen werde, um es auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Brigitte Keller weist auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses vom 20.10.2021 und den dort vorgesehenen Bericht eines Jugendsozialarbeiters hin und stellt die Frage, ob es nicht effizienter sei, wenn sich die interessierten SFB-Ausschussmitglieder den Vortrag im Jugendhilfeausschuss anhören würden.

Der Landrat stellt fest, dass es keine weiteren Anfragen gibt und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:03 Uhr.

Anschließend folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.